

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/825 —

Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung **in der Bundesrepublik Deutschland**

A. Problem

Die Fraktion der SPD begehrt eine Entschließung des Deutschen Bundestages, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, den laut Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990 noch für 1990 eingeforderten Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland nunmehr nach der Sommerpause des Jahres 1991 dem Deutschen Bundestag vorzulegen.

B. Lösung

Da die Bundesregierung auf Drucksache 12/1773 einen Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung vorgelegt hat, der zur Überweisung an die Bundestagsausschüsse ansteht, wird empfohlen, den Antrag als erledigt anzusehen.

Einstimmigkeit im Aussch

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/825 — für erledigt zu erklären.

Bonn, den 18. Februar 1992

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Dr. Roswitha Wisniewski
Berichterstatterin

Heinz-Dieter Hackel
Berichterstatter

Angelika Barbe
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Roswitha Wisniewski, Heinz-Dieter Hackel und Angelika Barbe**I.**

Der Antrag auf Drucksache 12/825 wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. September 1991 an den Innenausschuß federführend und an den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat in seiner Sitzung am 30. Oktober 1991 die o. a. Vorlage beraten. Er hat einstimmig empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den laut Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990 noch für 1990 eingeforderten Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahresende 1991 dem Deutschen Bundestag vorzulegen. Er erwartet, daß der Bericht insbesondere Aufschluß über die Aufgaben der politischen Bildung im schwierigen Prozeß des Zusammenwachsens der bei-

den deutschen Teilstaaten, den Aufbau entsprechender Strukturen in den neuen Bundesländern zur Sicherung eines differenzierten, regionalen und überregionalen Angebots sowie über die Auswirkungen der deutschen Einheit auf die finanzielle Förderung der politischen Bildung gibt.“

II.

Hinsichtlich des Inhalts des Antrags der Fraktion der SPD im einzelnen wird auf Drucksache 12/825 verwiesen.

Der Innenausschuß hat in seiner 25. Sitzung am 12. Februar 1992 einstimmig beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 12/825 für erledigt zu erklären, da die Bundesregierung mit Drucksache 12/1773 den mit dem Antrag eingeforderten Bericht vorgelegt habe, der zur Überweisung an die Bundestagsausschüsse anstehe.

Bonn, den 18. Februar 1992

Dr. Roswitha Wisniewski
Berichterstatlerin

Heinz-Dieter Hackel
Berichterstatter

Angelika Barbe
Berichterstatlerin

